

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

April 2018

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die letzte Sitzungswoche vor der Haushaltswoche im Mai ist vorüber und sie war mal wieder ereignisreich:

In dieser Woche wurde der neue Bundestagsausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen eingerichtet. Damit können nun Fragen der Stadtentwicklung und der Kommunen im geeigneten Rahmen behandelt werden.

Zudem haben wir die Einsetzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung beantragt, um die nationale Nachhaltigkeitsstrategie auch weiterhin auf parlamentarischer Ebene in geeigneter Weise fachübergreifend zu begleiten und weiterzuentwickeln.

Der Berufsbildungsbericht 2018, der in dieser Woche beraten wurde, befasst sich mit der Entwicklung des deutschen Ausbildungsmarkts. Er zeigt, dass sich der Ausbildungsmarkt weiterhin robust entwickelt: Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit über 520.000 leicht gestiegen. Aufgrund der Steigerung der betrieblichen Ausbildungsplatzangebote stehen statistisch betrachtet mittlerweile 100 ausbildungssuchenden Menschen fast 105 Ausbildungsangebote gegenüber.

Wie mittlerweile üblich, haben wir auch diese Woche über die Verlängerung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an Auslandsmissionen entschieden. Dieses Mal wurden die Missionen MINUSMA (Mali), ATALANTA (vor der Küste Somalias) und EUTM Mali verlängert.

Auch auf der Tagesordnung des Plenums stand der Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung. Bundestag und Bundesrat hatten 2017 durch eine Grundgesetzänderung die Möglichkeit geschaffen, gegen Parteien, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, Sanktionsmöglichkeiten unterhalb eines Parteienverbots beim



Bundesverfassungsgericht zu beantragen. Wir beschließen ebenso wie Bundesrat und Bundesregierung, beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen, die NPD für die Dauer von 6 Jahren von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen.

Der in dieser Woche beratene Bericht zur Lage der Religionsfreiheit beschreibt anhand von typischerweise vorkommenden Verletzungen, wie das Menschenrecht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit weltweit durch staatliche und nichtstaatliche Akteure eingeschränkt wird.

In diesem Brief aus Berlin können Sie nun ebenfalls meine Rede zur Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an EUTM Mali nachlesen, meine Meinung zum Antisemitismus in Deutschland erfahren und erneut interessante Zahlen und Fakten kennenlernen.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Antisemitismus in Deutschland • Rede zum Bundeswehreinsatz in Mali • Zahlen und Fakten

70 Jahre Israel:

Antisemitismus in Deutschland

Am 14. Mai feiern wir den 70. Geburtstag des Staates Israel – ein Staat so besonders wie kein anderer auf der Welt. 1948 ging er aus der Resolution 181 (II) der Vereinten Nationen hervor, die 1947 bei 33 zu 13 Stimmen von der Generalversammlung angenommen wurde. Sie beinhaltete den Rückzug Großbritanniens aus dem Mandatsgebiet Palästina und die Unabhängigkeit eines jüdischen und eines arabischen Staates.

Auch, weil vor 70 Jahren noch nicht absehbar war, wie sich dieser kleine Staat im Nahen Osten politisch und wirtschaftlich entwickeln würde, ist es heute eine umso größere Freude, zu sehen, wie Israel zu einem festen demokratischen Bestandteil der internationalen Staatengemeinschaft wurde. Zu diesem Ehrentag gratuliere ich herzlichst.

Deutschland steht dabei durch den Zivilisationsbruch der Shoah in einem einzigartigen Verhältnis zu Israel. Dass Israelis und Deutsche trotzdem zu Freunden wurden, grenzt an ein Wunder. Dafür sind wir den Menschen in Israel dankbar. Dabei werden wir nie vergessen, welches Leid und Unrecht die Nationalsozialisten dem jüdischen Volk zugefügt haben.

Ich möchte den Geburtstag Israels und meine Glückwünsche aber auch zum Anlass nehmen, ein mir und vielen Bürgerinnen und Bürgern wichtiges Thema anzusprechen: Antisemitismus in Deutschland.

Es beschämt mich zutiefst – fast 75 Jahre nach dem Tag der Befreiung – dass historische Gräueltaten relativiert, Opfer verhöhnt oder ein Schlussstrich unter der deutschen Erinnerungskultur gefordert werden. Einen Schlussstrich darf es niemals geben. Das Gedenken an den staatlich organisierten Massenmord bleibt dauerhafte Verpflichtung – wie auch das Bekenntnis zum uneingeschränkten Existenzrecht Israels.

Es darf uns nicht ruhen lassen, dass jüdische Einrichtungen von der Polizei geschützt werden müssen. Es ist inakzeptabel und widerlich, wenn Jüdinnen und Juden auf offener Straße beschimpft oder tätlich angegangen werden. Wer glaubt, seinen Hass auf Juden – ob er von rechten, linken oder muslimischen Personen oder unter dem Vorwand der Kritik an Israel erfolgt – frei nach außen kehren zu können, dem stelle ich unabhängig der eigenen Staatsbürgerschaft die Frage, ob er sich im richtigen Land befindet.

In Deutschland gilt das Grundgesetz – es ist unser universeller Leitfaden. In Artikel 3 Absatz 3 heißt es: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. [...]“

Wer sich nicht an unser Grundgesetz hält, muss die volle Kraft unseres Rechts spüren. Aber auch wir müssen ganz konkret laut für das Grundgesetz und gegen Antisemitismus in unserer Gesellschaft eintreten, wenn wir beobachten, dass jemand bedrängt, bedroht oder attackiert wird. Es ist unser aller gesellschaftliche Verantwortung. ■

Rede vom 26.04.2018:

Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an EUTM Mali

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns am heutigen Tag schon zum zweiten Mal mit der Republik Mali, die mit ihren 18,7 Millionen Einwohnern, ihrer historischen Entwicklung und ihren aktuellen Problemen und Herausforderungen stellvertretend für viele afrikanische Länder steht. Die Perspektivlosigkeit der jungen Bevölkerung und vor allem die nationale Sicherheitslage hemmen die Entwicklung des Landes.

Es lohnt aber, einen Blick auf das Mali von vor fünf oder sechs Jahren zu werfen: ein Staat, der sich im Zerfall befand, ein Staat, in dem der islamistische Terrorismus auf dem Vormarsch war, ein Staat, in dem die Menschen unter den Kämpfen rivalisierender Gruppen litten - bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen -, ein Staat, in dem religiöse Monumente zerstört worden sind, ein Staat, dessen Präsident schließlich angesichts der Umstände um externe Hilfe bat. Frankreich, ein EU- und NATO-Partner, übernahm schließlich als Erster Verantwortung. Erst danach folgten internationale Missionen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Afrikanischen Union, um die Lage in Mali zu stabilisieren.

Heute stehen wir vor der Entscheidung über die Fortsetzung der Ausbildungsmission in Mali, zu der auch die Bundeswehr Streitkräfte entsendet. Es ist zwar richtig - auch das ist in der ersten Debatte heute über Mali schon angeklungen -, dass sich die Ausgangslage nicht in dem Maße verbessert hat, wie wir alle uns das erhofft und gewünscht haben. Es hat einen Stabilitätsgewinn gegeben, es hat Fortschritte im Befriedigungsprozess gegeben, aber in einigen Regionen hat es leider auch Rückschritte und eine Zunahme der Auseinandersetzungen der Konfliktparteien gegeben. Insofern zeichnet der Status quo Licht und Schatten. Es gehört zu einer ehrlichen Betrachtung, zu sagen, dass wir Regionen in Mali haben, in denen sich die Sicherheitslage verschlechtert hat.

Dennoch glaubt unsere Fraktion, dass Marschrichtung und Zielsetzung dieses Einsatzes

richtig bleiben. Ziel dieser Mission ist die Ausbildung malischer Streitkräfte. Wir sollten die Ausbildungserfolge unserer Soldatinnen und Soldaten nicht kleinreden, wie die AfD das hier tut. Natürlich ist es nicht so, dass wir dort irgendwelche Bauern ausbilden, die keinerlei Vorkenntnisse haben - Ihre Vorstellung entspricht insofern nicht der Realität -, sondern viele haben eine Vorbildung. Die Ausbildung durch die deutschen Bundeswehreinheiten wird aufgesetzt und ist sehr wohl ein wichtiger Beitrag, um die Sicherheitslage vor Ort zu verbessern.



Mali soll und muss weiterhin ertüchtigt werden, um in Zukunft in der Lage zu sein, die Sicherheit eigenständig zu gewährleisten. Die Bundeswehr leistet aktuell durch Ausbildung, Beratung, Sicherung, Schutz und sanitätsdienstliche Versorgung einen erheblichen Beitrag zur Wiederherstellung und zur Wahrung staatlicher Strukturen in Mali. Ohne diese Beteiligung stünde Mali heute wesentlich schlechter da. Weil es nicht schlechter gekommen ist, gebührt unseren Soldatinnen und Soldaten Dank für ihren Einsatz.

Wir bekennen uns zur Fortsetzung dieses Engagements, um die Sicherheitslage in Mali nachhaltig zu verbessern. Wir entwickeln die Grundlagen unseres Engagements weiter, damit grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und transnational operierender Terrorismus effektiver bekämpft werden können. Deshalb halten wir auch die Beratung der sogenannten G-5-Sahelstaaten, die mit diesem Antrag ausgeweitet wird, für richtig. Der Ansatz ist richtig. Wir haben im Ausschuss zum lange darüber diskutiert, zum Beispiel darüber, wie die Rolle des Tschad in diesem Zusammenhang zu sehen ist. Ich glaube, auch hier kann die

Bundeswehr einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Lage vor Ort leisten.

Wir begrüßen es außerdem, dass die Bundeswehr die Absicht hat, die Führung dieser Mission zu übernehmen, und die Zahl der maximal eingesetzten Soldatinnen und Soldaten von jetzt 300 auf 350 angehoben werden soll.

Es gibt in diesem Hause unterschiedliche Bewertungen dieses Antrags. Es gibt durchaus Gründe, aus denen man diesen Antrag ablehnen kann. Es ist schön, dass die AfD wenigstens hier sprechfähig ist und uns sagen konnte, warum sie den Antrag ablehnt. Im Ausschuss war das leider nicht der Fall. Es wäre schön, wenn die stellvertretenden Ausschussmitglieder künftig nicht nur hinsichtlich des Konsums von Kaffee und Schnittchen den eigentlichen Ausschussmitgliedern ebenbürtig wären, sondern auch inhaltlich in der Lage wären, Argumente zu liefern.

Auch wenn man dieses Ziel vielleicht nicht unterstützen mag: Die Voraussetzungen für eine florierende Wirtschaft, für Frieden, Zukunftsperspektiven und eine erfolgreiche Entwicklungshilfe zu schaffen, ist ein Ziel, das unsere Fraktion auf jeden Fall für unterstützenswert hält. Deshalb halten wir an diesem Einsatz fest.

Wir haben als Europäerinnen und Europäer nicht nur ein humanitäres Interesse, sondern in der Tat auch ein geostrategisches Interesse daran, dass diese Region stabilisiert wird. Genauso wie es bei der Mission UNAMID in Darfur der Fall ist, ist diese Mission ebenfalls ein aktiver Beitrag, um Fluchtursachen zu bekämpfen und Perspektiven zu schaffen. Zu diesem Einsatz, zu diesem Mandat bekennen wir uns. Deshalb stimmen wir der Verlängerung des Mandates heute zu.

Herzlichen Dank. ■

Zahlen und Fakten I:

Mehr Frauen leben von eigener Erwerbstätigkeit

Im Jahr 2016 bestritten nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamts 72 Prozent der Frauen im Alter von 25 und 55 Jahren ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus eigener

Erwerbstätigkeit. Dieser Anteil lag vor zehn Jahren mit 64 Prozent noch deutlich niedriger, wie aus der Statistik anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März hervorgeht. Auch regionale Unterschiede sind weiterhin erkennbar: Während der Anteil im Osten bei 77 Prozent lag, finanzierten sich im Westen lediglich 70 Prozent der Frauen ihren Lebensunterhalt vorrangig durch eigene Erwerbstätigkeit. Der Anteil aller Frauen zwischen 25 und 55 Jahren, die den überwiegenden Lebensunterhalt aus Einkünften des Partners oder von anderen Familienangehörigen bestreiten, sank gegenüber dem Jahr 2006 bundesweit von 23 auf 16 Prozent im Jahr 2016. (Quelle: Statistisches Bundesamt) ■

Zahlen und Fakten II:

Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft auf neuem Rekordwert

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2016 knapp 282 Milliarden Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft aufgewendet. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von 2,8 Prozent beziehungsweise 7,6 Milliarden Euro. Wie schon im Vorjahr beträgt der Anteil für Bildung, Forschung und Wissenschaft gemessen am Bruttoinlandsprodukt 9,0 Prozent. Die Zunahme der Investitionen ist insbesondere auf höhere Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft sowie auf gestiegene Ausgaben für Forschung und Entwicklung zurückzuführen. (Quelle: Destatis) ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel 030/227-75549
Fax 030/227-76549

markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de